

EUROPAWAHL

Eklat um Berlusconi-Plakat

Die Partei Forza Italia des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi schürt mit ihrer Kampagne im Europawahlkampf Ressentiments gegen Deutsche. Das Plakat mit dem Slogan „Più Italia, meno Germania“ („Mehr Italien, weniger Deutschland“), das in Italien in diesen Tagen veröffentlicht wurde, macht die deutsche Sparpolitik für die Rezession der italienischen Wirtschaft verantwortlich. Berlusconis Partei fordert, sich dem Kurs zu widersetzen. Das Ziel sei „mehr Italien in Europa, weniger Europa in Italien“. Die Forza Italia gehört wie die CDU/CSU zur Gruppe der konservativen Parteien (EVP) im Europäischen Parlament, deren gemeinsamer Spitzenkandidat der ehemalige luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker ist. „Es ist empörend,



PIERPAOLO SCANUZZO / AGF / SIPA / DDP IMAGES

Berlusconi

dass eine Schwesterpartei der CDU in Italien mit anti-deutschen Parolen Wahlkampf macht“, sagt der Spitzenkandidat der Sozialisten, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Ein solches Plakat zerstöre den Geist der europäischen Einigung: „Deutschland ist ein sehr solidarisches Land, und deshalb ist ein solches Plakat unverschämte“, so Schulz. Auch die CDU distanzierte sich von der Aktion. „Das ist nicht in Ordnung. Dafür fehlt mir jedes Verständnis“, sagte Herbert Reul, Chef der Unionsabgeordneten im EU-Parlament.

WAFFENHANDEL

Gewehre für Rebellen?

Die Ukraine wickelt offenbar Waffen Geschäfte über Deutschland ab. Wie das Auswärtige Amt auf eine Anfrage der Linken im Bundestag einräumt, exportiert der ukrainische Staatskonzern Ukroboronprom halbautomatische Gewehre des Typs SKS Simonow in die Bundesrepublik. Die Einfuhr sei von den dafür zuständigen staatlichen Stellen genehmigt worden. Wo die Waffen in Deutschland landen, verschweigt das Außenamt: Die Lieferbe-

ziehungen der deutschen Vertragspartner seien „ein Geschäfts- und Betriebsgeheimnis“. Die Gewehre, heißt es ausweichend, würden „zum Zwecke der Modifikation“ nach Deutschland geliefert. Der amerikanische Think-Tank Jamestown Foundation, dem traditionell enge Verbindungen zu US-Geheimdiensten nachgesagt werden, glaubt, dass die Waffen von Deutschland aus an syrische Rebellen geliefert werden. Jamestown geht von 54 000 Kleinwaffen allein in den Jahren 2011 und 2012 aus. Diese könnten für „verdeckte Operationen“ in Syrien verwendet worden sein. Die Bundesregierung kennt den Verdacht der Amerikaner, will ihm aber nicht nachgegangen sein. Ihr lägen, so steht es in der Antwort an die Linke, „keine eigenen Erkenntnisse hierzu vor“. Weder die Bundeswehr noch der Militärische Abschirmdienst noch der Bundesnachrichtendienst seien in den Kauf der Waffen involviert. Die Linken-Außenexpertin Sevim Dagdelen hält die Unwissenheit der Regierung für bedenklich: „Es ist skandalös, dass die Bundesregierung nichts über den Verbleib dieser Waffen mitteilen kann.“ Noch schlimmer sei, dass Berlin „den Verdacht nicht ausräumen kann, diese Waffen seien an islamistische Gotteskrieger für einen Regimewechsel in Syrien weitergegeben worden“.



Aufständische in Syrien

GESUNDHEIT

„Arglistige Täuschung“

Viele freiwillig Versicherte fühlen sich von den gesetzlichen Krankenkassen abgezockt. In ihrem neuen Buch listet die Autorin Renate Hartwig Fälle auf, in denen Freiberufler wesentlich mehr bezahlen müssen als Festangestellte mit vergleichbarem Einkommen*. Die Kassen berechnen den Beitrag von Unternehmern zu Beginn von deren Selbständigkeit aufgrund einer Schätzung, unter Umständen müssen für das erste Jahr hohe Nachzahlungen geleistet werden. Danach gilt der Beitragsatz, der sich aus dem letzten Einkommensteuerbescheid ergibt, unabhängig vom aktuellen Gewinn. Eine detaillierte Abrechnung wie etwa bei der Stromrechnung gibt es nicht. Die Beitragsbemessung wird durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen geregelt. Kassen wie die Barmer GEK sagen, Versicherten entstünden keine Nachteile, Einkommensschwankungen würden sich in den Folgejahren wieder ausgleichen. Die Berechnungen seien „Willkür und eine arglistige Täuschung“, sagt dagegen Renate Hartwig, „der Verdacht, dass es sich gar um vorsätzlichen Betrug handelt, wird jetzt gerichtlich geklärt“.

* Renate Hartwig: „Der goldene Skalp“. Brunnen Verlag, Gießen; 288 Seiten; 13,99 Euro.

CDU

Nachwuchs rebelliert

Mehrere jüngere Politiker aus der CDU drängen Kanzlerin Angela Merkel, noch in dieser Legislaturperiode eine ehrgeizige Reformagenda anzugehen. „Für mehr Wachstum und Beschäftigung ist aus unserer Sicht eine Agenda 2020 nötig“, heißt es in einem Papier, das rund 25 Unionspolitiker um den Bundestagsabgeordneten Jens Spahn am Montag beschließen wollen. Die Parlamentarier der Gruppe „CDU2017“ kritisieren unter anderem Merkels Kurs bei der Rente mit 63. Sie setze „das völlig falsche Signal“, heißt es. „Jede Möglichkeit zur ungewollten Frühverrentung muss vermieden werden. Im Gegenteil: Wer länger arbeiten kann und will, soll dies ohne bürokratische Hürden und zusätzliche Kosten mit seinem Arbeitgeber vereinbaren können.“ Der Parteienachwuchs mahnt ein stärkeres Wirtschaftsprofil für die CDU an. „Wir wollen nicht lediglich den Wohlstand verteilen, sondern die Voraussetzungen dafür schaffen, ihn jeden Tag neu zu erwirtschaften.“ Der Gruppe gehören unter anderem JU-Chef Philipp Mißfelder, mehrere Landesgeneralsekretäre und der Chef der Jungen Gruppe der Unionsfraktion im Bundestag, Steffen Bilger, an. Auch CDU-Generalsekretär Peter Tauber gilt als Sympathisant.

V-MANN „CORELLI“

Todesursache Überzuckerung

Die Familie des langjährigen V-Manns Thomas R. alias „Corelli“ hat dessen Tod bestätigt. Am Freitag identifizierte ein naher Verwandter in Paderborn den Leichnam des 39-Jährigen. Thomas R., der sich zuletzt in einem Zeugenschutzprogramm des Bundes befand, war Anfang April tot in einer Wohnung im Paderborner Stadtteil Schloß Neuhaus aufgefunden worden. Dort lebte er nach seiner Enttarnung als Verfassungsschutzquelle unter neuer Identität – als „Thomas D.“. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Paderborn steht nun auch die Todesursache fest: Eine Obduktion habe ergeben, dass Thomas R. an den Folgen eines überhöhten Blutzuckerspiegels, einer Hyperglykämie, gestorben sei.



Polizeianwärter bei Vereidigung

OLIVER LANG / DAPD

SOZIALPOLITIK

Risiko Altersteilzeit

Die Pläne der Bundesregierung für eine Rente mit 63 verursachen Probleme bei der Altersteilzeit. Arbeitnehmer, die sich in Altersteilzeit befinden, könnten durch die Neuregelung möglicherweise Ansprüche verlieren. Um das im Öffentlichen Dienst zu verhindern, will die Gewerkschaft Ver.di nun mit den öffentlichen Arbeitgebern sprechen. Der Hintergrund: Beim sogenannten Blockmodell der Altersteilzeit

arbeiten die Beschäftigten in der ersten Phase voll weiter und verzichten auf einen Teil ihres Gehalts. In der zweiten Phase werden sie zum reduzierten Gehalt bis zum Rentenbeginn freigestellt. Laut Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes endet die Altersteilzeit aber in jenem Monat, in dem die Beschäftigten abschlagsfrei in Rente gehen können. Ähnliche Regelungen gibt es auch in anderen Branchen. Tritt die Rente mit 63 in Kraft, müssten Beschäftigte in Altersteilzeit mit 45 Beitragsjahren demnach in den Ruhestand wechseln. Statt des reduzierten Gehalts erhielten sie dann die niedrigere Rente.

FAMILIEN

Rasante Ministerin

Die Geschwindigkeit, die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) bei der Reform des Elterngeldes an den Tag legt, sorgt für Unmut. Das Ministerium gewährt Verbänden nur vier Werktage Zeit, zum Referentenentwurf des Elterngeldes Plus Stellung zu nehmen. „Wir sind enttäuscht über die kurze Frist, schließlich ist ein Grund dafür nicht ersichtlich“, sagt Maria Wersig vom Deutschen Juristinnenbund. Das Gesetz, dessen Eckpunkte Schwesig Ende März vorstellte, soll erst im Juli 2015 in Kraft treten. „Richtige Beteiligung ist so nicht möglich“, kritisiert auch Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt. Derzeit werden mehr als 20 Verbände nach ihrer Meinung gefragt. Das Ministerium sieht in der Frist kein Problem, etliche Stellungnahmen seien vorher bereits eingegangen. Für Anfang Mai seien Gespräche mit den Verbänden geplant. Mit dem Elterngeld Plus sollen Eltern bis zu 28 Monate lang finanziell unterstützt werden, um frühzeitig nach der Geburt eines Kindes in Teilzeit in ihren Beruf zurückkehren zu können.

KOALITION

Mehr Druck auf Assad

Die Fraktionsspitzen von Union und SPD im Bundestag wollen im Syrien-Konflikt den Druck auf Staatspräsident Baschar al-Assad erhöhen. Dies geht aus einem gemeinsamen Grundsatzzpapier der Vorstände der Koalitionsfraktionen zur Außenpolitik hervor, das diese Woche bei einer Klausur in Bonn beschlossen werden soll. „Für die gewaltsame Austragung des Konflikts ist das Regime von Präsident Assad ursächlich verantwortlich“, heißt es, den Stillstand habe der syrische Machthaber zu verantworten: „Wir erwarten, dass bestehende Hindernisse zur Wiederaufnahme der Genf-II-Gespräche überwunden werden.“ Gleichzeitig warnen die Fraktionsspitzen vor einer weiteren Verschlimmerung der humanitären Katastrophe in Syrien. „Seit dem vergangenen Winter hat sich die Anzahl Schutzsuchender mehr als vervierfacht“, heißt es. Die internationale Gemeinschaft müsse „sich noch stärker bei der humanitären Hilfe“ engagieren.